

Erneut Massnahmen gegen Zwangsehen gefordert

Die St. Galler Polizeidirektorin Karin Keller-Sutter will Sanktionen für die Täter

ZÜRICH Die 14-jährige Tamin aus Aigle VD, die die Polizei Ende September in Südfrankreich bei einem 58-jährigen Pädophilen fand, flüchtete vor einer Zwangsehe. Sie hatte den Mann, zu dem sie floh, im Internet kennen gelernt, wo er sich als Mädchen ausgegeben hatte. Offenbar sah die Tamin keinen anderen Ausweg als die Flucht zu Unbekannten: Ihre Familie wolle sie nach Sri Lanka verheiraten, sagte sie der Polizei.

Noch krasser war der Fall einer jungen Türkin aus St. Gallen: Sie flüchtete im Mai zur Polizei. Weil sie eine Zwangsehe nicht akzeptieren wollte, wurde sie von ihrer Familie mit dem Tod bedroht.

Das Bundesamt für Justiz lässt sich reichlich Zeit

Obwohl es offensichtlichen Handlungsbedarf gibt und das Parlament in einem Postulat die Strafbarkeit von Zwangsheirat fordert, hat man es beim zuständigen Bundesamt für Justiz (BJ) nicht eilig: «Mit einem Bericht zum Postulat ist im Verlauf des nächsten Jahres zu rechnen», sagt BJ-Sprecher Folco Galli.

Die Strafbarkeit von Zwangsehen hatte Ständerätin Erika Forster (FDP, SG) erstmals Ende 2004 gefordert – in Absprache mit der St. Galler Justizdirektorin Karin Keller-Sutter. Seither ist im Departement von Justizminister Christoph Blocher nichts passiert.

Man könne jederzeit über die Antirassismus-Strafnorm und die Meinungsfreiheit diskutieren, sagt Keller-Sutter in Anspielung auf Blochers Äusserungen in der Türkei. «Allerdings erwarte ich, dass man auch andere Grundrechte, wie dasjenige, den Ehepartner

selbst zu wählen, ebenso vehement verteidigt», sagt die FDP-Regierungsrätin. Eine klare Aussage an die Adresse Bundesrat Christoph Blochers – von dessen wichtigster Verbündeter im Asyl-Abstimmungskampf.

Dass das BJ nun einen Bericht im nächsten Jahr ankündigt findet Keller-Sutter «positiv». «Allerdings sollte man auch die Kantone, die Polizeikorps und die Frauen- und Mädchenhäuser einladen, ihre Erfahrungen einzubringen», sagt die Vizepräsidentin der kantonalen Polizeidirektoren. Ihr Anliegen sei ein umfassendes Konzept: «Es muss sowohl eine Strafnorm bringen als auch Instrumente zum Schutz der Opfer und aufenthaltsrechtliche Sanktionen für die Täter», so Karin Keller-Sutter.

Davon würden auch die Klientinnen im Zürcher Mädchenhaus profitieren: Dort hat sich die Situation kaum entspannt. «Wir haben regelmässig Mädchen und Frauen, die vor einer drohenden Zwangsheirat zu uns fliehen oder sich von uns beraten lassen», sagt Fachfrau Nicole Metzger.

MATTHIAS HALBEIS



Karin Keller-Sutter: «Es braucht ein Konzept» FOTO: EDI ENGELER/KEY